

APD INFORMATIONEN DES ADVENTISTISCHEN PRESSEDIENSTES

Adventist Press Service
ZENTRALAUSGABE FÜR DEUTSCHLAND

11/2010
November 2010
27. Jahrgang

Aus dem Inhalt:

Deutschland	Erst von oben zeigt die antike Stadtanlage ihr wahres Gesicht	Seite 1
	Es war „ihre“ Freikirchenbibliothek	Seite 2
	20 Jahre Förderverein Freundeskreis der Hochschule Friedensau	Seite 3
	Freikirchen befassen sich mit dem Begriff „evangelisch“	Seite 5
	VEF-Arbeitsgruppe Kriegsdienstverweigerung bleibt bestehen	Seite 7
	Bund Freikirchlicher Pfingstgemeinden künftig ACK-Gastmitglied	Seite 7
	Der Einfluss der oberdeutsch-schweizerischen Reformation auf die Freikirchen	Seite 9
	Hoffnung beim Thema „Abendmahl/Eucharistie“?	Seite 10
	60 Jahre Deutscher Ökumenischer Studienausschuss	Seite 12
International	Aufruf zur Reformation unter den Evangelikalen	Seite 14
	Denkmäler erinnern an Stalin-Opfer unter den Christen	Seite 16
	Katholizismus näher bei den Protestanten als bei den Orthodoxen?	Seite 16
	Immer mehr Jugendliche in Europa auf Distanz zur Religion	Seite 17
	Gemeinsame Krisenbewältigung zwischen Christen und Muslimen	Seite 19
ADRA	Bekämpfung der Cholera in Haiti	Seite 20
	Aufklärung von russischen Berufsschülerinnen über Frauenhandel	Seite 20
	Trinkwassertanks für Bewohner auf den Salomonen	Seite 21
	Hilfe für somalische Flüchtlinge und Einheimische im Jemen	Seite 21
Buchrezension	„Ökumene in Hessen. Zwischenbilanz nach 50 Jahren“	Seite 22

Impressum:

Die Nachrichtenagentur APD (Adventistischer Pressedienst) ist eine Einrichtung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, Körperschaft des öffentlichen Rechts.

- Herausgeber: Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland,
Sandwiesenstraße 35, 64665 Alsbach-Hähnlein
- Redaktion: APD-Zentralredaktion Deutschland
Postfach 4260, 73745 Ostfildern
Senefelderstraße 15, 73760 Ostfildern-Ruit
Telefon 0711-44819-14, Telefax 0711-44819-60,
E-Mail: info@apd.info
Holger Teubert (verantwortlich), Dr. Wolfgang Tulaszewski (stellvertretend),
Holger Koch, Erich Lischek, Brunhilde Teubert
- Erscheint: Monatlich und zu aktuellen Anlässen.
- Druck: Grindeldruck GmbH, Grindelberg 13-17, 20144 Hamburg
Als Manuskript gedruckt.
- Bezugspreis: Privatabonnements 50,00 Euro jährlich (inkl. Porto).
- Redaktionelle Zusammenarbeit: APD Schweiz, Redaktion, Postfach 136, CH - 4003 Basel
Telefon +41-61-2616118
E-Mail: bodenmann@apd.info
Herbert Bodenmann (verantwortlich)
- Adventist News Network (ANN), 12501 Old Columbia Pike, Silver Spring,
Maryland 20904-6600, USA
Telefon +1-301-680-6306, Telefax +1-301-680-6312
E-Mail: costaw@gc.adventist.org
Williams S. Costa Jr. (verantwortlich)
- „adventisten heute“, Pulverweg 6, 21337 Lüneburg
Telefon 04131-9835-521, Telefax 04131-9835-502
E-Mail: info@advent-verlag.de, Internet: www.advent-verlag.de
Elí Díez-Prida (verantwortlich)

APD-INFORMATIONEN online: <http://www.apd.info>

Kostenlose Textnutzung nur unter der Bedingung der eindeutigen Quellenangabe „APD“. Das © Copyright an den Agenturtexten verbleibt auch nach ihrer Veröffentlichung bei der Nachrichtenagentur APD.

APD ® ist die rechtlich geschützte Abkürzung des Adventistischen Pressedienstes.

Konto: Stuttgarter Volksbank Konto Nr. 227 385 004 (BLZ 600 901 00)



Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten ging aus der Erweckungsbewegung des 19. Jahrhunderts hervor. Gegenwärtig zählt sie 16,6 Millionen erwachsene Mitglieder und mehr als 25 Millionen Gottesdienstbesucher in 206 Ländern der Erde. In Deutschland sind 35.400 Mitglieder in 572 Gemeinden organisiert. Ihre einzige Glaubensgrundlage ist die Bibel.

Deutschland

Erst von oben zeigt die antike Stadtanlage ihr wahres Gesicht

Archäologische Forschung von Friedensau in Jordanien

Friedensau bei Magdeburg, 29.11.2010/APD Die diesjährige archäologische Forschungskampagne des Instituts für Biblische Archäologie der Theologischen Hochschule der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg hatte das Ziel, in Jordanien eine digitale Karte der Grabungsstätte von al-Balua im zentral-moabitischen Ostjordanland zu erstellen. Neben Mitarbeitern aus Friedensau nahmen an der Exkursion Forscher der Otto-von Guericke-Universität Magdeburg, Archäologen des Oriental Institute der Universität von Chicago und Fachleute für GPS-Vermessungen der Andrews-Universität (Michigan/USA) teil.

Die Größe der Anlage und die architektonischen Überreste, die in sehr unterschiedlichem Erhaltungsgrad an der Oberfläche auszumachen und über eine große Fläche verstreut seien, ließen einen klaren Überblick zunächst nicht zu, erläuterte Kampagnenleiter Friedbert Ninow (Friedensau). Erst durch Luftbilder werde das „ungeheure Ausmaß“ von al-Balua deutlich. Die Fläche belaufe sich auf fast 20 Hektar. „Sie ist damit eine der größten archäologischen Stadtanlagen in Jordanien.“ Wollte man die Anlage umrunden, müsste man eine Strecke von etwa 2,2 Kilometern zurücklegen. Unter Umständen könne al-Balua mit der in 4. Mose 21,14f. erwähnten biblischen Stadt Ar identifiziert werden.

Siedlungsgeschichtlich lasse sich al-Balua laut Ninow in zwei Hauptbereiche unterteilen. Im südwestlichen Teil der Anlage fänden sich die jüngsten Siedlungsschichten aus der ayyubidisch-mamlukischen Epoche (etwa 12. bis 15. Jahrhundert n. Chr.). Die islamischen Siedler hätten ihre Stadt nicht auf den Resten der älteren Stadtanlage aufgebaut, sondern einen neuen Baugrund gesucht. „Dazu benutzten sie offensichtlich die älteren Baureste als Steinbruch.“ Diese mittel-islamische Siedlung scheine im Laufe der Zeit an Bedeutung gewonnen zu haben. Es sei im südlichen Bereich eine Reihe von administrativen Gebäuden von erstaunlichen Ausmaßen entstanden.

Die große Siedlungsfläche im Norden und Osten der Anlage (etwa 14 Hektar) weise Siedlungsspuren aus der Frühen Bronzezeit (3. Jahrtausend v. Chr.), der Mittleren Bronzezeit (2000 bis 1550 v. Chr.), der Eisenzeit (1200 bis 500 v. Chr.) und der Römisch-Nabatäischen Siedlungsepoche (1. Jahrhundert n. Chr.) auf. Keramik, die in verschiedenen Oberflächenbegehungen aufgelesen wurde, wies, so Friedbert Ninow, auf eine mögliche Besiedelung während der Späten Bronzezeit (1550 bis 1200 v. Chr.) hin. Ausgegrabene Schichten aus dieser Epoche lägen bis jetzt allerdings noch nicht

vor. Der frühere Rektor der Theologischen Hochschule Friedensau, Professor Dr. Udo Worschech, der seit 1983 in diesem Gebiet forscht, hat bereits in mehreren Grabungskampagnen bedeutende eisenzeitliche Überreste freigelegt. „Im Jahr 2008 konnten die ersten römisch-nabatäischen Schichten in al-Balua identifiziert werden.“ Die Untersuchung der Befestigung hat ergeben, dass die Stadtanlage zur Eisenzeit von einer Doppelmauer (Kasemattenmauer) umgeben war.

Bei der mit Hilfe eines GPS-Systems vermessenen Stadtanlage kam ein zwölf Meter langes Stativ zum Einsatz, an dessen Spitze eine Kamera Luftbilder aufnahm, die anschließend in die GIS-Software (Geographic Information System) eingebunden wurden und den Verlauf von Mauern im Kartenmaterial darstellten. Die Vermessung der gesamten Anlage sei in einer vierwöchigen Kampagne nicht realisierbar gewesen, informierte Ninow. Deshalb müsse die angefertigte Karte der Stadt in den folgenden Jahren weiter ergänzt werden. Schon jetzt werde allerdings deutlich, dass al-Balua vor allem während der Eisenzeit kein „Dörfchen“ am Rande der Wüste, sondern die größte Stadtanlage des zentral-moabitischen Plateaus, wenn nicht des gesamten Ostjordanlandes, während des 1. Jahrtausends v. Chr. gewesen sei. „Der Geschichte und Bedeutung dieser archäologischen Fundstätte muss in den nächsten Kampagnen nachgegangen werden“, hob Ninow hervor. (3.484 Zeichen)

Es war „ihre“ Freikirchenbibliothek

Friedensau bei Magdeburg, 29.11.2010/APD Im Alter von 66 Jahren verstarb Christel Pfeiffer. Sie war eng mit der Bibliothek des Vereins für Freikirchenforschung (VFF) verbunden, die seit 2001 als Sonderabteilung in Friedensau bei Magdeburg von der dortigen Bibliothek der Theologischen Hochschule der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten verwaltet wird. Laut dem 2. Vorsitzenden des VFF, Dr. Johannes Hartlapp, habe Christel Pfeiffer den Buchbestand von 2001 an betreut, etikettiert und größtenteils auch inhaltlich erschlossen. „Sie kannte sich in den Werken so gut wie kein anderer aus. Wer immer in den Beständen recherchieren wollte, fand in ihr eine tatkräftige Unterstützung.“ Sie habe sich so mit der Arbeit verbunden gefühlt, dass sie von „ihrer“ Freikirchenbibliothek sprach.

Christel Pfeiffer, ursprünglich eine der Chefsekretärinnen des großen Schwermaschinen-Kombinats „Ernst Thälmann“ (SKET) in Magdeburg, wurde durch die Auflösung des Unternehmens aufgrund wirtschaftlicher Veränderungen nach der deutschen Wiedervereinigung arbeitslos. Seit 1. März 2002 war sie in einer Struktur- anpassungsmaßnahme für drei Jahre in der Bibliothek der Theologischen Hochschule Friedensau beschäftigt. Als diese vom Arbeitsamt geförderte Maßnahme auslief, arbeitete sie auf der Basis einer geringfügigen Beschäftigung mit großem Engagement

weiter. Ihre letzten Aufgaben bestanden darin, den gesamten Bestand der Freikirchenbibliothek mit Barcodes zu versehen und für den Umzug in einen gesonderten Raum im Sockelgeschoss des neuen Bibliotheksgebäudes vorzubereiten. Doch dann setzte die Krankheit ihrer Tätigkeit ein Ende. Sie kam im März 2010 in die Lungenklinik Lostau bei Magdeburg und erholte sich seitdem trotz ärztlicher Hilfe nicht wieder. In der Kleinstadt Gommern im Landkreis Jerichower Land in Sachsen-Anhalt, wo sie seit ihrer Kindheit zu Hause war, wurde sie auf dem Friedhof bestattet.

1990 haben Theologen und Historiker aus verschiedenen Freikirchen auf Anregung des damaligen Direktors des Seminars für Neue Kirchen- und Theologiegeschichte der Theologischen Fakultät der Universität Münster, Professor Dr. Robert Walton, den Verein für Freikirchenforschung gegründet. In Verbindung damit wurde auch der Anstoß gegeben, für Mitglieder des Vereins und weitere Interessenten Schrifttum aus dem Bereich der Freikirchen zusammenzutragen und Nutzern zugänglich zu machen.

Als Professor Walton 1993 in den Ruhestand ging, blieb offen, was mit dem noch recht bescheidenen Buchbestand geschehen sollte. Der Geschäftsführer des Vereins, Pastor Manfred Bärenfänger, bot 1994 als Übergangslösung an, Räumlichkeiten im Zentrum des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden (Baptisten) in Münster zur Verfügung zu stellen. Anfangs reichten zwei Schränke für den Bestand aus. Doch erweiterte sich das Schrifttum in den folgenden Jahren. Die Frage eines günstigen Standortes und der Systematisierung des Bestandes wurde erneut akut, als Pastor Bärenfänger in den Ruhestand trat.

Um den Bestand an Büchern und Zeitschriften aus unterschiedlichen Freikirchen für Interessenten verfügbar zu machen, wurde er 2001 nach Friedensau bei Magdeburg in die Bibliothek der Theologischen Hochschule der Siebenten-Tags-Adventisten übergeführt, katalogisiert und in einem Raum mit 100 Metern Regallänge untergebracht. Die in Deutschland einmalige Bibliothek mit über 3.000 Büchern und Zeitschriftenbänden untersteht weiterhin dem Verein für Freikirchenforschung. Sie ist eine Quellensammlung und Fundgrube für alle, die sich mit den verschiedenen Freikirchen, deren Geschichte und Theologie beschäftigen wollen, und während der Öffnungszeiten der Friedensauer Hochschulbibliothek zugänglich. Auch die Fernleihe von Büchern ist möglich. Weitere Informationen sind im Internet unter <http://bibliothek.thh-friedensau.de> zu finden.

(3.347 Zeichen)

20 Jahre Förderverein Freundeskreis der Hochschule Friedensau

Friedensau bei Magdeburg, 29.11.2010/APD Vor 20 Jahren, am 18. November 1990, wurde der Förderverein „Freundeskreis Friedensau“ zur Unterstützung der Theologi-

schen Hochschule der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg gegründet. Laut Dr. h.c. Manfred Böttcher, von 1982 bis 1991 Rektor der Bildungsstätte, sei die Gründung des Fördervereins eng mit der Hochschulankennung durch die letzte DDR-Regierung im September 1990 gemeinsam mit der Wiedervereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 verknüpft gewesen.

Am 18. November 1990, dem 91. Jahrestag der Gründung des Theologischen Seminars Friedensau, habe es nur eine bescheidene Gedenkstunde in der Aula der Ausbildungsstätte gegeben. „Wir erinnerten uns an die armseligen Anfänge im Jahr 1899“, berichtete Böttcher. Auch 1990 habe die Lage in Friedensau trostlos ausgesehen. Niemand hätte gewusst, wie es trotz Hochschulankennung weitergehen sollte. „In dieser Situation gründeten von den etwa 50 Anwesenden 23 den Förderverein.“ Ein Jahr später habe es bereits 450 Mitglieder gegeben, heute wären es über eintausend. In den 20 Jahren seien beim Förderverein an Beiträgen, Spenden und Kapitalerträgen mehr als 1,6 Millionen Euro eingegangen. Davon seien an Stipendien und Unterstützungen für Studenten 820.000 Euro und für Projekte der Hochschule 556.000 Euro aufgewendet worden, teilte Böttcher mit.

„Als sich im Frühjahr 1990 nach der ersten freien Volkskammerwahl abzeichnete, dass wir über kurz oder lang einer Wiedervereinigung entgegengehen würden, besuchten uns in Friedensau der Präsident und Schatzmeister der europäischen Freikirchenleitung der Adventisten mit Sitz in Bern“, informierte Böttcher in einer Rückblende. „Wir sind damals mit ihnen durch alle Gebäude vom Keller bis zum Dachboden gegangen und haben uns das ganze Areal angesehen.“ Was die beiden Freikirchenleiter anschließend sagten, klang sehr zurückhaltend, „fast so wie ein Gespräch, das man mit einem Todkranken führt, dem man aber noch nicht die ganze Wahrheit sagen möchte“. Der Präsident und sein Schatzmeister hätten das adventistische Schulzentrum Marienhöhe samt theologischem Seminar in Darmstadt mit einer sehr guten Infrastruktur vor Augen gehabt. „Demgegenüber war für sie aus westlicher Sicht die Friedensauer Wirklichkeit recht armselig. Sie sahen geflickte Dächer, die alte Braunkohlenheizung und die Mensa als Bauruine. Sie spürten in der Nacht in den Betten des Erholungsheimes die harten Metallfedern der Matratzen, und das Wasser in der Leitung roch nach ihrer Einschätzung ein wenig nach Öl.“

Da habe sich unerwartet die Möglichkeit der Beantragung der staatlichen Anerkennung von kirchlichen Ausbildungsstätten geboten, die von der CDU (Ost) in Aussicht gestellt worden sei. „Wenn auch zunächst noch keiner wusste, welche Möglichkeiten sich daraus ergeben könnten, begann die Seminarleitung sofort mit den erforderlichen Verhandlungen bei den verschiedenen Behörden und reichte Mitte Juni 1990 mit dem

Antrag auf staatliche Anerkennung eine umfangreiche Dokumentation beim Ministerium für Bildung und Wissenschaft in Berlin ein“, so Böttcher.

„Aber bereits mit der Währungsunion am 1. Juli 1990 standen wir plötzlich vor Problemen, die wir nicht zu bewältigen wussten“, hob Böttcher hervor. So seien beispielsweise durch die Angleichung von Ost und West die bisher staatlich subventionierten Energiepreise über Nacht um das Vierfache gestiegen. Bislang habe die Freikirche in der DDR den Finanzbedarf für das Theologische Seminar getragen. Nun sei die ostdeutsche Freikirchenleitung aber gezwungen gewesen, die finanziellen Mittel für Friedensau drastisch zu reduzieren. „Wir wussten nicht, woher wir die Löhne für Dozenten und Angestellte nehmen sollten. Da die Rücklagen durch die Währungsunion weitgehend verloren gegangen waren, verschlechterte sich die finanzielle Lage in den folgenden Monaten so sehr, dass die Freikirchenleitung in der DDR etwa 40 Pastoren vorzeitig in den Ruhestand versetzen musste.“

Die um Hilfe gebetene europäische Freikirchenleitung in Bern habe von der Friedensauer Verwaltung als erstes die Senkung der Personalkosten gefordert. „Das bedeutete für nicht wenige Mitarbeiter vorzeitige Rente oder gar Entlassung“, berichtete Böttcher. Das Studienjahr 1990/91 habe Anfang September mit der geringsten Studentenzahl seit 1947 begonnen. „Zwei Wochen vor der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 erhielten wir vom Ministerrat der DDR die staatliche Anerkennung als Hochschule. Doch damit waren die anstehenden Probleme keinesfalls gelöst.“

„Fünf Monate später wurde nach längerem Tauziehen zwischen Ost und West am 17. April 1991 von der Freikirchenleitung in Bern beschlossen, Friedensau zu erhalten und stattdessen das Theologische Seminar Marienhöhe in Darmstadt zu schließen. Die Theologische Hochschule sollte weiter ausgebaut werden, die dafür notwendigen Mittel wurden bewilligt. Die staatliche Anerkennung war inzwischen auch von der Landesregierung in Magdeburg bestätigt worden“, so Böttcher. Friedensau sei die erste und bisher einzige adventistische Theologische Hochschule in Europa, die akademische Grade, ohne von anderen Universitäten abhängig zu sein, selbst verleihen könne.

(4.527 Zeichen)

Freikirchen befassen sich mit dem Begriff „evangelisch“

VEF nimmt Freikirchlichen Bund der Gemeinde Gottes als Mitgliedskirche auf

Wustermark-Elstal bei Berlin, 29.11.2010/APD Die Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) hat während ihrer Mitgliederversammlung im baptistischen Bildungszentrum Elstal bei Berlin den Freikirchlichen Bund der Gemeinde Gottes (FBGG) als Mitglied aufgenommen. Der FBGG war seit dem Jahr 2000 Gastmitglied der VEF. Er vereint in Deutschland 2.200 Mitglieder in 27 Gemeinden. Seinen Ursprung hat der

Bund im Entstehen der Bewegung „Gemeinde Gottes“ um 1880 in den USA. In der Bundesrepublik unterhält der FBGG in Fritzlar bei Kassel seine Ausbildungsstätte und das Kinderhilfswerk „Global Care“. Die Zentrale seines Missionswerkes befindet sich in Wietzendorf bei Soltau. Weitere Informationen über die Freikirche sind im Internet unter www.fbgg.de zu finden.

Erneut befasste sich die Mitgliederversammlung mit der Interpretation des Begriffs „evangelisch“ im Verhältnis der evangelischen Freikirchen zu den evangelischen Landeskirchen. Ausgangspunkt für das Gespräch war die Leuenberger Konkordie, die grundlegende theologische Vereinbarung der evangelischen Kirchen von 1973. „Es geht nicht darum“, betonte die Vorsitzende der VEF, Bischöfin Rosemarie Wenner, „dass wir der Leuenberger Kirchengemeinschaft beitreten. Wir können anhand dieses Grundlagentextes jedoch zeigen, dass es Übereinstimmung im Verständnis des Evangeliums zwischen den VEF-Kirchen und den evangelischen Landeskirchen gibt.“ Bischöfin Wenner hofft, dass dies die Basis für weitere Gespräche, vor allem im Hinblick auf die Erteilung von evangelischem Religionsunterricht an staatlichen Schulen durch freikirchliche Lehrkräfte, verstärke.

Die VEF-Mitgliederversammlung kritisierte die Äußerung von Professor Dr. Christian Pfeiffer, Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN), der kürzlich unter Bezug auf eine Studie seines Hauses in der von „Phoenix“ ausgestrahlten Fernsehsendung „Tacheles“ behauptet habe, dass Kinder in freikirchlichen Familien besonders häufig körperliche Züchtigung erleiden würden. Auf Rückfrage hätte Pfeiffer bestätigt, dass die Studie keinerlei Differenzierung zwischen den unterschiedlichen Freikirchen ermögliche. Extreme Splittergruppen, separatistische freikirchliche Gemeinden und die etablierten Freikirchen fänden sich daher „in einer gemeinsamen Schublade wieder“, so die VEF. Das Ergebnis der Studie nähere daher lediglich pauschale Vorurteile. Gleichwohl habe die Mitgliederversammlung die Erklärung des Vorstandes bekräftigt, in der es heißt: „Der Prozess der selbstkritischen Überprüfung hat zu jeder Zeit in allen VEF-Kirchen zu erfolgen, um dem unbedingten Schutz aller Kinder und Jugendlichen vor jeder Form von Gewalt mit aller Aufmerksamkeit zu entsprechen.“

In der 1928 gegründeten Vereinigung Evangelischer Freikirchen sind zehn Mitglieds- und vier Gastkirchen vertreten. Die VEF wird von einem fünfköpfigen Vorstand geleitet, dessen Präsidentin Rosemarie Wenner, Bischöfin der Evangelisch-methodistischen Kirche, ist. Die VEF vertritt nach eigenen Angaben etwa 270.000 evangelische Christen in Deutschland. Die nächste Mitgliederversammlung findet am 12. April in Kassel statt. Dann soll auch ein neuer Vorstand gewählt werden. (2.885 Zeichen)

VEF-Arbeitsgruppe Kriegsdienstverweigerung bleibt bestehen

„Trotz Aussetzung von Wehr- und Zivildienst genügend Betätigungsfelder“

Berlin, 29.11.2010/APD Die in Wustermark-Elstal bei Berlin tagende Mitgliederversammlung der Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) hat einstimmig beschlossen, dass ihre Arbeitsgruppe 8 „Betreuung der Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistenden“ (AG 8) auch nach der Aussetzung der Wehrpflicht zum 1. Juli 2011 und der damit verbundenen Abschaffung des Zivildienstes bestehen bleiben soll. Wie der Vorsitzende der AG 8, Diakon Armin Hoffmann (Berlin), mitteilte, sei die Wehrpflicht lediglich ausgesetzt. Sie könne bei Bedarf wieder eingeführt werden.

Auch ohne Zivildienst gebe es bereits jetzt vielfältige soziale und friedensethische Dienste, so Hoffmann. Sie sollten, wie auch neu hinzukommende Dienste, weiterhin begleitet werden. Um Freiwillige zu gewinnen, sei damit zu rechnen, dass die Bundeswehr ihre Öffentlichkeitsarbeit verstärke. Hierauf gelte es mit dem „Friedensauftrag des Evangeliums“ zu antworten.

Trotz Aussetzung der Wehrpflicht bleibe das Recht auf Kriegsdienstverweigerung bestehen, teilte Hoffmann mit. Noch sei allerdings völlig offen, wie sich das Verfahren der Kriegsdienstverweigerung für Männer und Frauen, die sich freiwillig als Zeit- und Berufssoldaten gemeldet haben, entwickeln werde. Fest stehe jedoch, dass kriegsdienstverweigernde Soldatinnen und Soldaten Beratung und Unterstützung benötigten.

Diakon Hoffmann denkt aber auch an künftige junge Männer. Durch die Aussetzung der Wehrpflicht stünden sie nicht mehr vor der Frage, ob sie Zivil- oder Militärdienst leisten sollten. Deshalb gelte es dann erst recht, ihnen, wie auch Frauen, die sich ebenfalls freiwillig zur Bundeswehr melden könnten, bei der Gewissensbildung zu helfen. „Denn der Dienst in der Armee ist nicht einfach nur ein Job wie alle anderen.“

Hoffmann zog als Resümee, dass auch nach Aussetzung der Wehrpflicht und des Zivildienstes die AG 8 genügend Betätigungsfelder habe. Sie werde sich jedoch aufgrund der veränderten Situation in „Arbeitsgruppe 8 Kriegsdienstverweigerung und Friedensdienste“ umbenennen. (1.876 Zeichen)

Bund Freikirchlicher Pfingstgemeinden künftig ACK-Gastmitglied

Erzhausen bei Darmstadt, 29.11.2010/APD Der Bund Freikirchlicher Pfingstgemeinden (BFP) wird künftig als Gastmitglied in der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK) mitarbeiten. Die dafür notwendige Zweidrittel-Mehrheit der ACK-Mitgliedskirchen sei erreicht worden, teilte der Pressesprecher des BFP, Pastor Horst Werner (Erzhausen), mit.

Nach längeren internen Beratungen hätten die Delegierten des BFP während ihrer Bundeskonferenz im Jahr 2008 mit großer Mehrheit beschlossen, einen Antrag auf Gastmitgliedschaft bei der ACK Deutschland zu stellen, teilte Werner mit. Es sei daraufhin ein Gesprächsprozess zwischen ACK und BFP erfolgt. Einige orthodoxe Kirchen hätten Bedenken wegen angeblich „aggressiver Missionsmethoden“ der Pfingstler geäußert. Dennoch habe die ACK-Mitgliederversammlung im März 2010 während ihrer Sitzung im Heilbad Heiligenstadt beschlossen, den Mitgliedskirchen die Aufnahme des BFP als Gastmitglied zu empfehlen.

BFP-Präses Roman Siewert brachte gegenüber der ACK-Geschäftsführerin Dr. Elisabeth Dieckmann seine Freude über die positive Entscheidung der ACK zum Ausdruck. Er sicherte zu, dass der BFP in ein vertrauensvolles Miteinander investieren wolle. In einem Schreiben an die Gemeinden des BFP motivierte der Präses, als Gemeindebund das christliche Zeugnis in Deutschland stärken zu wollen. Ihm sei dabei besonders wichtig, dass die ACK jede konfessionelle Identität achte und dies auch im Antragsverfahren respektiert habe. Siewert betonte: „In unserer Zeit brauchen wir mehr denn je die Botschaft von Jesus Christus.“

Der BFP war bereits von 1975 bis 1984 Gastmitglied in der westdeutschen ACK, die sich 1991 mit der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der DDR (AGCK) zur heutigen ACK Deutschland vereinigte. Der Austritt des BFP im Jahr 1984 sei laut Pastor Werner „aufgrund des fehlenden Rückhalts“ für die Gastmitgliedschaft in der Synode ihrer Gemeinden erfolgt.

Auf Initiative des damaligen Präses Ingolf Ellßel seien innerhalb des BFP erneut Gespräche über eine Gastmitgliedschaft aufgenommen worden, da etliche Regionen und Gemeinden des Bundes auch in regionalen beziehungsweise lokalen ACKs vertreten wären. Besondere Unterstützung habe man dabei auch von den BFP-Gemeinden im Gebiet der neuen Bundesländer erfahren, „die von positiven Erfahrungen im Rahmen der ACK-Arbeit während der DDR-Zeit zu berichten wussten“, hob Werner hervor.

Zur Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK) gehören nun 17 Mitgliedskirchen und vier Gastmitglieder. Zu den letzteren zählen neben dem BFP das Apostelamt Jesu Christi, der Bund Freier evangelischer Gemeinden in Deutschland und die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland. Die offizielle Aufnahme des BFP als Gastmitglied soll laut der ACK-Geschäftsführerin bei der nächsten ACK-Mitgliederversammlung im März 2011 in Berlin erfolgen.

Der Bund Freikirchlicher Pfingstgemeinden ist auch Mitglied der Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF). Innerhalb der VEF sei er die zweitgrößte Freikirche. Nach eigenen Angaben habe der BFP in Deutschland rund 46.000 Mitglieder in 759 Gemeinden. Von ihnen seien 266 oder 35 Prozent internationale, vor allem afrikanische Gemeinden. Der BFP praktiziert die Glaubenstaufe (Erwachsenentaufe). Einschließlich der nicht getauften Kinder und Jugendlichen sowie regelmäßigen Gäste im Gottesdienst rechneten sich zurzeit etwa 130.000 Gläubige zum BFP. (3.035 Zeichen)

Der Einfluss der oberdeutsch-schweizerischen Reformation auf die Freikirchen

Erzhausen bei Darmstadt, 29.11.2010/APD Vielschichtige Einblicke in die Rezeption der oberdeutsch-schweizerischen Reformation in den Freikirchen bot die Herbsttagung des Vereins für Freikirchenforschung (VFF), die an historischer Stätte, im Chateau de Liebfrauenberg im Elsass, stattfand.

Professor Dr. Andreas Mühling (Trier) begann mit einem Vortrag zur Bedeutung des Reformators Johannes Calvin (1509-1564) in den Freikirchen. Dabei relativierte er dessen Bedeutung und stellte Heinrich Bullinger (1504-1575), einen der führenden Schweizer Theologen im Protestantismus des 16. Jahrhunderts, als bedeutende Persönlichkeit neben Calvin, beziehungsweise Zürich als Stadt von Ulrich Zwingli (1484-1531) und Bullinger neben das Genf Calvins. Am Beispiel des Calvin-Schülers Caspar Olevian (1536-1587) schilderte Mühling den Fortgang der Lehren des Reformators bei seinen Schülern. Olevian gründete die Hochschule in Herborn, die der in Genf zu diesem Zeitpunkt in nichts nachgestanden habe, so Mühling. Doch die Bedeutung der Herborner Hochschule sei bisher nahezu nicht erforscht.

Professor em. Dr. Marc Lienhard (Straßburg) gab einen komplexen Einblick in die Straßburger Reformation des 16. Jahrhunderts. Unter dem prägenden Theologen Martin Bucer (1491-1551) habe sich Straßburg als recht weltoffene Stadt gezeigt, in der Hinrichtungen aus Glaubensgründen weithin vermieden worden seien, obwohl Dissidenten und Spiritualisten, Pazifisten und Apokalyptiker den verfassten Kirchen das Leben schwer gemacht hätten.

Nachdem Matthias Lohmann, Pastor der Freien evangelischen Gemeinde (FeG) München, die reformierten Wurzeln der Baptisten und des FeG-Bundes herausgearbeitet hatte, widmete sich Dr. Gerrit Jan Beuker (Hoogstede) dem niederländischen Theologen, Politiker, Staatsmann und Journalisten Abraham Kuyper (1837-1920). Beuker beschrieb die Religionslandschaft der Niederlande als Hauptursache einer starken Säkularisierung, die in Europa ihresgleichen suche. Jede Abspaltung, jede Denomination hätte eine eigene kulturelle Säule mit Medien, wie Zeitungen, Zeit-

schriften, Fernseh- und Radiosendern sowie Internet, gebildet. Diese „Versäulung“ der niederländischen Gesellschaft habe zur Marginalisierung des Glaubens geführt, da die verschiedenen Denominationen nur auf sich selbst bezogene abgeschlossene Säulen gebildet hätten.

Professor Dr. Thomas Domanyi (Vermes, Kanton Jura/Schweiz), Dozent für Sozialtheologie und Ethik an der adventistischen Theologischen Hochschule Friedensau bei Magdeburg, stellte den Gewissensbegriff bei Calvin dar, und Dr. Juliane Brandt (München) gab einen Einblick in die Entstehung der reformierten Gemeinden in Budapest.

Die Herbsttagung endete mit einem Vortrag von Dr. Jean-Daniel Plüss (Zürich) über die reformierten Wurzeln der Pfingstbewegung. Bei der Abendmahlslehre sei die symbolische Deutung der Reformierten übernommen, aber durch Gedanken der spirituellen Realpräsenz, die sich auch bei Bucer finden ließen, angereichert worden. Auch im Bereich des Kirchenverständnisses sieht Plüss Parallelen. Dass Glaube und Bekenntnis Kirche konstituierten, wie es Zwingli formuliert habe, würden auch Pfingstgemeinden so sehen. Allerdings sei das Bekenntnis individualisiert. Plüss bezeichnete diese Individualisierung als Hauptursache für die Spaltungen in der konfessionellen Landschaft der letzten 100 Jahre. Die Pfingstbewegung sei für die rasante Vermehrung der Konfessionen und Denominationen maßgeblich verantwortlich. Die Auslegung der Heiligen Schrift richte sich nicht nur nach der Sichtweise Zwinglis, so Plüss, sondern bei den Pfingstgemeinden seien die Betonung des Wirkens des Heiligen Geistes und das persönliche Gefühl hinzugekommen.

Alle im Elsass gehaltenen Vorträge werden im Jahrbuch 2010 des Vereins für Freikirchenforschung dokumentiert, das voraussichtlich im Frühjahr 2011 erscheinen und beim Verein sowie im Buchhandel erhältlich sein wird. (3.475 Zeichen)

Hoffnung beim Thema „Abendmahl/Eucharistie“?

Catholica-Beauftragter der VELKD sieht Möglichkeiten für einen Fortschritt

Hannover, 29.11.2010/APD „Gibt es Hoffnung beim Thema ‚Abendmahl/Eucharistie‘?“, fragte der Catholica-Beauftragte der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD), Landesbischof Professor Dr. Friedrich Weber (Wolfenbüttel), bei der Darlegung seines Berichts vor der 11. Generalsynode der VELKD in Hannover. Die unterschiedlichen Positionen zwischen der römisch-katholischen Kirche und den lutherischen Kirchen seien bekannt, aus der jeweiligen Binnenperspektive theologisch durchaus begründbar und auch gegenseitig zu respektieren.

Das sei auch während des Zweiten Ökumenischen Kirchentages im Mai diesen Jahres in München geschehen. „Wir haben nicht gemeinsam mit römisch-katholischen Amtsträgern Abendmahlsfeiern durchgeführt“, betonte Weber. „Sehr wohl haben wir allerdings von evangelischer Seite aus bei evangelisch verantworteten Abendmahlsfeiern alle getauften Christen zum Abendmahl eingeladen, wie wir es sonst auch tun.“ Damit sollte nicht gegen römisch-katholische Regeln verstoßen werden, sondern „wir wollten unseren eigenen Überzeugungen treu bleiben“.

Beim Thema Abendmahl/Eucharistie sehe Weber Möglichkeiten für einen Fortschritt. In den traditionellen Kontroversen dieser Thematik „ist nach Einschätzung der Experten mittlerweile durch die diversen Lehrgespräche ein differenzierter Konsens erreicht, der eigentlich die Feststellung ermöglicht, dass in der Lehre vom Herrenmahl zwischen römisch-katholischer Kirche und evangelisch-lutherischen Kirchen keine aktuellen Gegensätze von kirchentrennender Bedeutung vorliegen“. Inhaltlich liege man im Abendmahls- beziehungsweise Eucharistieverständnis „nicht mehr weit auseinander“.

Aus lutherischer Sicht wäre es laut Bischof Weber also an der Zeit, einen Prozess zu einer „Gemeinsamen Erklärung zum Abendmahl beziehungsweise zur Eucharistie“ in Gang zu setzen, analog der 1999 vom Lutherischen Weltbund und der römisch-katholischen Kirche in Augsburg unterzeichneten „Gemeinsamen Erklärung zur Rechtfertigungslehre“. Eine solche Gemeinsame Erklärung zum Abendmahl könnte unter anderem zeigen: Der Streit und die gegenseitigen Verurteilungen in der Frage um die Darreichung in beiderlei Gestalt, also Brot und Kelch, seien durch die Bestimmungen des Zweiten Vatikanischen Konzils und durch Grundsatzüberlegungen zum stiftungsgemäßen Gebrauch des Herrenmahls im Wesentlichen behoben. Auch in der Frage der wirklichen Gegenwart Jesu Christi, der sich in der Kraft des göttlichen Geistes unter Brot und Wein zum Empfang darbiete, sei ebenso grundsätzliche Übereinstimmung erzielt wie in der Messopferfrage. Erste Entwürfe zu solch einer neuen Gemeinsamen Erklärung lägen bereits vor.

Ein Hauptproblem für eine derartige Erklärung sieht Bischof Weber darin, dass die Lehre vom Abendmahl in engem Sachbezug zur Ekklesiologie, der Lehre von der Kirche, stehe. „Die zwischen unseren Kirchen bisher ungelösten Differenzen in der Lehre von der Kirche und vom kirchlichen Amt wirken sich entsprechend auch auf Theorie und Praxis des Herrenmahls aus.“

Eine theologische Erklärung ohne irgendwelche Folgen in Fragen der eucharistischen Gastfreundschaft oder des gemeinsamen Abendmahls in konfessionsverschiedenen Ehen dürfte evangelischen Christinnen und Christen und wohl auch weiten Kreisen in der römisch-katholischen Kirche kaum vermittelbar sein, gab Weber zu bedenken. Es

gebe jedoch keine Anzeichen dafür, dass für Rom im Moment derartige Spielräume denkbar seien. „Doch das darf uns nicht daran hindern, auf nationaler Ebene an diesem Thema intensiv und geduldig weiterzuarbeiten“, so Weber.

Im Blick auf fünf Jahre Pontifikat Benedikt XVI. hält es der Catholica-Beauftragte „insgesamt nicht für ausgeschlossen, dass es in der Ökumene noch zu Weiterentwicklungen kommt; das traue ich Papst Benedikt durchaus zu. Schnelle Fortschritte in ekklesiologischen und sakramentstheologischen Lehrfragen sehe ich allerdings im Moment nicht“.

Die Ökumene besitze für die (katholische) Deutsche Bischofskonferenz (DBK) einen „hohen Stellenwert“, betonte der Hildesheimer Bischof Norbert Trelle in seinem Grußwort im Auftrag der DBK anlässlich der 11. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Hannover. Er appellierte jedoch, in dem Prozess des ökumenischen Dialogs „realistisch voranzuschreiten“. Es gebe nach wie vor offene Fragen, die mit großer Beharrlichkeit, gegenseitigem Respekt und theologischer Redlichkeit weiter bearbeitet werden müssten. (3.975 Zeichen)

60 Jahre Deutscher Ökumenischer Studienausschuss

Symposium zur Hoffnung über den Tod hinaus

Münster, 29.11.2010/APD Mit einem Festgottesdienst im Dom zu Münster, einem Festvortrag und dem Theologischen Symposium „Gemeinsame Hoffnung über den Tod hinaus“ hat der Deutsche Ökumenische Studienausschuss (DÖSTA) vom 11. bis 13. November sein 60-jähriges Bestehen gefeiert. Der DÖSTA ist seit Oktober 1950 die theologische Fachkommission der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK). Er hat die Aufgabe, theologische und ökumenische Fragen wissenschaftlich zu erörtern. Dazu erarbeitet er Studien und Stellungnahmen, um das theologische Gespräch zwischen den deutschen Kirchen zu vertiefen und zu fördern. Der DÖSTA setzt sich aus Dozentinnen und Dozenten theologischer Ausbildungsstätten der römisch-katholischen Kirche, der evangelischen Kirche, der Arbeitsgemeinschaft Mennonitischer Gemeinden, des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden, der Evangelisch-methodistischen Kirche, der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK), des Katholischen Bistums der Alt-Katholiken in Deutschland, der Orthodoxen Kirche in Deutschland, der Armenisch-Apostolischen Orthodoxen Kirche und der Geschäftsführerin der ACK Deutschland, Dr. Elisabeth Dieckmann (Frankfurt/Main), zusammen.

Beim Festgottesdienst im Münsterschen St.-Paulus-Dom wies der Bischof der Evangelisch-lutherischen Landeskirche in Braunschweig und Vorsitzender der ACK

Deutschland, Professor Dr. Friedrich Weber, in seiner Predigt darauf hin, dass zu den tiefsten Fragen der Menschheit gehöre, welche Hoffnung es über den Tod hinaus gebe. Die Antwort finde sich im Evangelium von Jesus Christus. Es spreche von der Auferstehung der Toten, dem Jüngsten Gericht und dem ewigen Leben in einer neuen Welt. Im letzten Buch der Bibel, der Apokalypse (Offenbarung) des Johannes, gebe es im 21. Kapitel die Zusage, dass Gott „einen neuen Himmel und eine neue Erde“ ohne Tod, Leid, Geschrei und Schmerz schaffen werde. Dieses Versprechen bewirke aber erst dann etwas, wenn das Leben eines Christen von dieser Hoffnung geprägt sei.

In seinem Festvortrag im bischöflichen Priesterseminar Collegium Borromaeum in Münster stellt der frühere Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), Professor Dr. Konrad Raiser, die Frage, inwieweit die „Apostolizität der Kirche“ ein „festes Fundament im ökumenischen Gespräch“ sein könne. Nach einem Überblick in die Diskussionsbeiträge der vergangenen Jahrzehnte zur Frage des Amtes als Dienst an der apostolischen Tradition kam Raiser zur Überzeugung, dass „Unterschiede in der Gestalt des Amtes als legitime Ausprägungen der gemeinsam festgehaltenen Grundstruktur der Kirche anzuerkennen“ seien.

Die Zukunftsbotschaft des Evangeliums werde von den christlichen Kirchen im Wesentlichen gemeinsam vertreten, stellte der Vorsitzende des DÖSTA, Professor Dr. Uwe Swarat, in seiner Einführung in das Theologische Symposium im Liudgerhaus in Münster fest. Im näheren Verständnis dieser Botschaft gebe es jedoch erkennbare Unterschiede, wenn nicht gar Gegensätze. Man müsse daher den christlichen Kirchen die Frage stellen, ob und inwiefern sie eine gemeinsame Hoffnung über den Tod hinaus bezeugen könnten.

Das Symposium „Gemeinsame Hoffnung über den Tod hinaus“ veranstaltete der DÖSTA in Zusammenarbeit mit der evangelisch-theologischen und der katholisch-theologischen Fakultät der Westfälischen Wilhelm-Universität Münster. Zu den drei Hauptreferaten gab es je zwei Koreferate, die Übereinstimmungen, konfessionelle Besonderheiten und auch Gegenpositionen zum Hauptvortrag deutlich machen sollten.

Im ersten Hauptreferat ging Professor Swarat (Elstal bei Berlin), Bund Evangelisch-freikirchlicher Gemeinden, auf die Frage „Jenseits des Todes – Unsterblichkeit der Seele oder Auferstehung des Leibes?“ ein. Dazu nahmen Professor Dr. Frank-Lothar Hossfeld (Bonn), römisch-katholisch, und Professor Dr. Folker Siegbert (Münster), evangelisch, Stellung. Professor Dr. Michael Beintker (Münster), evangelisch, referierte zu „Gottes Urteil über unser Leben – Das Jüngste Gericht als Stunde der Wahrheit“. Mit seinem Vortrag befassten sich Professorin Dr. Dorothea Sattler (Münster), römisch-katholisch, und Professor Dr. Werner Klän (Oberursel bei Frankfurt/Main), SELK. Das

dritte Hauptreferat „Hoffnung für diese Welt auf eine neue Welt – Individuelle und kosmische Eschatologie“ hielt Professor Dr. Jürgen Werbick (Münster), römisch-katholisch. Auf seine Aussagen antworteten Professorin Dr. Ulrike Link-Wieczorek (Oldenburg), evangelisch, und Professor Dr. Athanasios Vletsis (München) von der Griechisch-Orthodoxen Kirche. Laut dem DÖSTA-Vorsitzenden, Professor Swarat, sollen alle in Münster gehaltenen Referate veröffentlicht werden. (4.154 Zeichen)

International

Aufruf zur Reformation unter den Evangelikalen

Kongress für Weltevangelisation: Christentum glaubwürdig leben

Kapstadt/Südafrika, 29.11.2010/APD Mit einem Aufruf, das Christentum glaubwürdig zu leben, schloss der dritte Lausanner Kongress für Weltevangelisation in Kapstadt/Südafrika. An der Tagung vom 16. bis 25. Oktober nahmen rund 4.200 evangelikale Führungskräfte und Missionsexperten aus 198 Ländern teil. Zum Abschluss wurde der erste Teil der sogenannten „Kapstadt-Verpflichtung“ präsentiert. In diesem Text wird die umfassende und weitreichende Wirkung des Evangeliums erläutert. Ausgehend von der Liebe Gottes spricht das Dokument von der Bedeutung der Liebe im Christentum: der Liebe zum Nächsten, zur Bibel, zur Welt und zur Mission. Das 20-seitige Dokument soll bis Ende 2010 ergänzt werden und die Prioritäten der Kirche in der Mission erläutern.

Der internationale Direktor der Lausanner Bewegung, Lindsay Brown, forderte in seiner Predigt am Ende des Kongresses, dass die Verkündigung der Christen mit ihrem Lebensstil in Übereinstimmung sein müsse. Der britische Theologe und Vorsitzende der theologischen Arbeitsgruppe der Lausanner Bewegung, Chris Wright, sprach in seinem Vortrag sogar von einer notwendigen „neuen Reformation“ der Evangelikalen, damit die Glaubwürdigkeit des Evangeliums wieder gestärkt werde. Er beklagte, dass es manchen Leitern evangelikaler Missionswerke mehr um Einfluss, Erfolg und Geld, als um die Evangeliumsbotschaft Jesu gehe. Um Spenden zu erhalten, schönten einige Missionswerke ihre Statistik, so Wright. Zwar komme die Botschaft, dass der Glaube an Jesus zu materiellem Besitz, Erfolg und Gesundheit führe, besonders in Afrika gut an, stellte Femi Adeleye, Generalsekretär der Internationalen Gemeinschaft evangelikaler Studenten, fest, doch dieses „Wohlstandsevangelium“ habe nichts mit dem eigentlichen Anliegen Christi zu tun. Es grenze vielmehr die Leidenden, Kranken und Armen aus, um die sich Jesus in besonderer Weise gekümmert habe.

Der Kongress für Weltevangelisation wurde in Kapstadt von der Lausanner Bewegung und der Weltweiten Evangelischen Allianz (WEA) veranstaltet. Die Lausanner Bewegung geht auf den Internationalen Kongress für Weltevangelisation 1974 in Lausanne/Schweiz zurück, bei dem es unter der Führung des US-amerikanischen Evangelisten Billy Graham zur „Lausanner Verpflichtung“ kam, die „unvollendete Aufgabe“ der weltweiten Evangeliumsverkündigung zu Ende zu führen. Beim zweiten Kongress für Weltevangelisation 1989 in der philippinischen Hauptstadt Manila ging es in dem dort verabschiedeten „Manifest“ neben der Evangelisation auch um die soziale Verpflichtung der Christen. Auch in Kapstadt standen Themen, wie Bekämpfung der Armut, Bewahrung der Schöpfung, Umgang mit Aids, Kampf gegen Menschenhandel und Einsatz für die Religionsfreiheit, auf dem Programm. Die Weltweite Evangelische Allianz ist ein evangelikal ausgerichtetes Netzwerk von 128 nationalen und regionalen Evangelischen Allianzen, die jeweils aus verschiedenen reformatorischen Kirchen, Organisationen und Einzelpersonen gebildet werden. Sie vertritt nach eigenen Angaben weltweit rund 420 Millionen Christen und geht auf das Jahr 1846 zurück.

Am dritten Lausanner Kongress für Weltevangelisation in Kapstadt beteiligten sich Anglikaner, Lutheraner, Reformierte, Methodisten, Baptisten, Pfingstler und kleinere unabhängige Freikirchen. Als Beobachter nahmen Vertreter des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), der römisch-katholischen Kirche, verschiedener orthodoxer Kirchen und der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten teil.

Die Adventisten entsandten Pastor A. Ganoune Diop, Direktor der Studienzentren für Globale Mission, und Linda Koh, Direktorin der Abteilung Kinder der adventistischen Weltkirchenleitung, nach Kapstadt. Diop war bereits Mitglied im Vorbereitungsausschuss der Jubiläumsveranstaltung „Edinburgh 2010“, die im Juni in der schottischen Hauptstadt zur Erinnerung an die dortige Weltmissionskonferenz 1910 stattfand. Schon vor einhundert Jahren habe seine Kirche mit Ludwig Richard Conradi, dem Präsidenten der Adventisten in Europa, W. J. Fitzgerald, dem Präsidenten der Freikirche in Großbritannien und William A. Spicer, dem Generalsekretär der adventistischen Weltkirchenleitung, hochrangige Vertreter nach Edinburgh delegiert, teilte Diop mit.

Der Auftrag Jesu, das Evangelium in aller Welt zu verkündigen, sei laut Pastor Diop für Adventisten immer ein sehr dringliches Anliegen gewesen. Im vergangenen Jahrhundert habe es innerhalb der Kirchen viele Auseinandersetzungen über die Beziehung zwischen Evangelisation und sozialem Engagement in der Mission gegeben. Häufig seien dabei extreme Positionen vertreten worden. „Adventisten haben sich in der Regel an diesen Debatten nicht beteiligt, da sie der Überzeugung sind, dass Missionsbemühungen nach dem Vorbild Christi die sozialen, menschlichen Bedürfnisse

ansprechen und dann zur Umkehr aufrufen müssen.“ Diese ganzheitliche Sicht der Mission werde heute auch von vielen anderen Christen vertreten, hob Diop hervor.

(4.389 Zeichen)

Denkmäler erinnern an Stalin-Opfer unter den Christen

Sankt Petersburg/Russland, 29.11.2010/APD In Russland erinnert erstmals ein Mahnmal an Katholiken, die unter dem sowjetischen Diktator Josef Stalin hingerichtet wurden. Insgesamt kamen in der Sowjetunion mindestens 400 katholische Priester um. Der Moskauer Erzbischof Paolo Pezzi weihte einen Gedenkstein auf dem Friedhof Lewaschowo bei Sankt Petersburg ein.

Der Gedenkfriedhof befindet sich rund 30 Kilometer nördlich vom historischen Stadtkern von Sankt Petersburg. Dort liegen etwa 47.000 Opfer des stalinistischen Terrors begraben, darunter Opfer unterschiedlicher Glaubensbekenntnisse aus verschiedenen Nationalitäten.

Bereits 2007 wurde auf dem Lewaschowo-Friedhof ein Mahnmal für die unter Josef Stalin in den 1930er Jahren ermordeten Adventisten errichtet. Nach Angaben der Freikirche seien in den Jahren 1937 und 1938 140 Adventisten im damaligen Leningrad (heute Sankt Petersburg) umgebracht worden.

Während der Stalinzeit seien in der Sowjetunion über 3.000 Siebenten-Tags-Adventisten in Gefängnisse und Zwangsarbeitslager gebracht worden, darunter mehr als 200 Pastoren und Gemeindeleiter. Viele von ihnen hätten die Misshandlungen nicht überlebt.

Auch in Moskau wurde 2007 ein Mahnmal zum Gedenken an die Opfer der stalinistischen Terrorwelle eingeweiht. Im 25 Kilometer südlich von Moskau gelegenen Butovo erinnert ein 12,5 Meter hohes Holzkreuz an die Ermordeten. Die Gedenkstätte wird von der russisch-orthodoxen Kirche betreut. Auf dem Gelände waren 1937 und 1938 über 20.000 politische Gefangene erschossen worden. Das Holzkreuz wurde in einem orthodoxen Kloster auf dem Solovki-Archipel in Nordrussland angefertigt. Dort war unter Stalin das erste der berüchtigten sowjetischen Arbeitslager errichtet worden.

(1.548 Zeichen)

Katholizismus näher bei den Protestanten als bei den Orthodoxen?

Rom/Italien, 29.11.2010/APD Nach Auffassung des Augsburger evangelischen Theologen Bernd Oberdorfer hat die römisch-katholische Kirche mehr Gemeinsamkeiten mit den protestantischen als mit den orthodoxen Kirchen. Der Vatikan habe sich zwar in den vergangenen Jahren im ökumenischen Gespräch vor allem auf die Or-

thodoxie konzentriert, sagte das Mitglied im Rat des Lutherischen Weltbundes in Rom. Das dürfe jedoch nicht über den Umstand hinwegtäuschen, dass Rom der Lutherstadt Wittenberg theologisch letztlich näher liege als Konstantinopel oder Moskau, hob der Theologe in einem Vortrag hervor. Die römische Kirchenleitung sei „viel zu klug“, um sich auf nur einen Dialogpartner festzulegen.

Papst Benedikt XVI. verwende einen Vernunftbegriff spezifisch abendländischer Prägung, sagte Oberdorfer während einer zweitägigen internationalen Konferenz mit dem Titel „Katholizismus heute: Ökumenische Perspektiven“. Dieser Vernunftbegriff stehe dem Protestantismus ungeachtet von Luthers abschätzigem Urteil über die „Hure Vernunft“ wesentlich näher als den orthodoxen Kirchen.

Der evangelische Theologe Thorsten Maassen (Marburg) legte in seinem Vortrag über „Die Ökumenische Theologie Joseph Ratzingers“ dar, dass das Gespräch mit den anderen christlichen Konfessionen und das Bemühen um eine Einheit der Kirche ein wichtiger Bestandteil im Denken des heutigen Papstes sei. Dieser werde oft zu Unrecht als Kronzeuge von jenen Kräften angeführt, die der Auffassung seien, die römisch-katholische Kirche genüge sich selbst und bedürfe des Gesprächs mit anderen Konfessionen nicht. Erschwert werde eine Annäherung jedoch durch die Auffassung Benedikts XVI., Kirche im eigentlichen Sinne sei nur die katholische Kirche, betonte Maassen, der seine Doktorarbeit über „Das Ökumeneverständnis Josef Ratzingers“ verfasst hat.

Eine Perspektive für den römisch-katholisch/evangelischen Dialog könne indessen eine von Joseph Ratzinger vertretene „dynamische Ekklesiologie“ sein. Demnach „ereigne“ sich Kirche auch in der Glaubensverkündigung und den Sakramenten anderer christlicher Konfessionen, ohne dass diese Kirche im eigentlichen Sinne seien, führte Maassen aus. Veranstalter der Tagung waren das „Centro Melantone“, protestantisches Studienzentrum für Ökumene in Rom, in Zusammenarbeit mit dem Konfessionskundlichen Institut des Evangelischen Bundes in Bensheim.

Das Zentrum geht auf ein gemeinsames Projekt zurück, das 2002 von den Waldensisch/Methodistischen Kirchen und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Italien beschlossen und 2007 errichtet wurde. Studienleiterin des „Melanchthon Zentrums“ ist Pfarrerin Philine Blum. (2.341 Zeichen)

Immer mehr Jugendliche in Europa auf Distanz zur Religion

Wien/Österreich, 29.11.2010/APD Immer mehr junge Europäerinnen und Europäer stehen der Religion distanziert gegenüber. Diesen „ersten Gesamteindruck“ von der

Europäischen Wertestudie 2008-2010 (European Values Study, EVS) präsentierte die Theologin und Religionssoziologin Regina Polak im Rahmen eines Symposiums über „Werte in Österreich und Europa“ in Wien.

Gemäß Kathpress seien „deklariert Religiöse“ bei den Schweizern unter 30 Jahren mit 39 Prozent ebenso in der Minderheit wie in Österreich (45 Prozent), Ungarn (40 Prozent), Westdeutschland (37 Prozent) oder Tschechien (23 Prozent). Damit liege diese Altersgruppe durchwegs unter der Selbsteinstufung der Gesamtbevölkerung als „religiös“.

Am „frömmsten“ seien nach der ersten Auswertung der religiösen Aspekte der EVS die Polen, Griechen und Rumänen; als „religiöse Wüste“ stelle sich laut Polak, wie schon bei den vorangegangenen Studien, das Gebiet der früheren DDR dar: nur 17 Prozent der Bevölkerung bezeichnen sich dort als religiös (13 Prozent der unter 30-Jährigen).

Atheisten blieben trotz der voranschreitenden Entfremdung von Religion weiterhin eine Randgröße in Europa: In den meisten bisher untersuchten europäischen Ländern erreicht der Atheisten-Anteil nicht einmal die Zehn-Prozent-Marke; Ausnahmen sind auch hier Ostdeutschland (wo allerdings die Jungen weniger „atheistisch“ sind als die Gesamtbevölkerung), das laizistische Frankreich (ein Viertel der unter 30-Jährigen sind Atheisten) und Tschechien.

Wie Regina Polak anhand des Datenmaterials aufzeigte, wäre „religiös“ nicht gleichzusetzen mit „Glaube an Gott“: Das Ungleichgewicht zwischen religiös und gottgläubig sei außer in Dänemark überall in Europa feststellbar.

Als große Entwicklungslinie in Europa bezeichnete die Religionssoziologin das „Ende der Konstantinischen Ära“, die von einer wechselseitigen Stützung von Kirche und Staat gekennzeichnet war. Heute sei sowohl ein Niedergang der traditionellen kirchlichen Strukturen feststellbar, wie auch das überall in Europa existierende Phänomen, dass sich unter den konfessionell Gebundenen ein hoher Anteil an deklariert „Nicht-religiösen“ befinde.

Die Religionssoziologin unterscheidet somit unter den Kirchenmitgliedern „religiös motivierte“ und „ethisch motivierte“. Letztere seien nicht nur durch die Reste eines „Kulturchristentums“ – man ist Christ, weil es eben dazugehört – charakterisiert, sondern auch durch Erwartungen an die Kirchen zum Beispiel im sozialen Bereich, beziehungsweise durch Anerkennung von deren Bedeutung für das Wertefundament einer Gesellschaft.

Polak ist auch Leiterin des interdisziplinären Projektes „Europabuch“, in das Wissenschaftler verschiedener Bereiche aufgrund des Datenmaterials ihre spezifischen Zugänge zur Werteforschung einfließen lassen. Das Buch soll im Herbst 2011 erscheinen. (2.500 Zeichen)

Gemeinsame Krisenbewältigung zwischen Christen und Muslimen

Genf/Schweiz, 29.11.2010/APD Mit dem „Aufruf zur Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe, die einberufen werden kann, sobald eine Krise auszubrechen droht, in der Christen und Muslime in Konflikt miteinander stehen“, endete am 4. November in Genf eine internationale Konsultation über muslimisch-christliche Beziehungen, teilte der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) mit.

An der viertägigen Konsultation am Ökumenischen Zentrum in Genf, dem Sitz des ÖRK, zum Thema „Gemeinschaften verändern: Christen und Muslime bauen eine gemeinsame Zukunft“, nahmen rund 60 muslimische und christliche Führungspersonlichkeiten sowie Gelehrte teil.

Die Religionsvertreter verurteilten den Terroranschlag vom 31. Oktober auf die Syrisch-katholische Sajedat al-Nadschah-Kirche in Bagdad, bei dem 58 Menschen getötet wurden. Bewaffnete Täter hatten die Gottesdienstbesucher als Geisel genommen, worauf die staatlichen Sicherheitskräfte die Kirche stürmten, um die Geiselnahme zu beenden.

In einer gemeinsamen Erklärung, stellten die Teilnehmer fest, dass „die Religion häufig für die Entstehung von Konflikten verantwortlich gemacht wird, auch wenn andere Faktoren, wie ungerechte Ressourcenverteilung, Unterdrückung, Besetzung und Ungerechtigkeit, die wirklichen Ursachen des Konflikts sind. Wir müssen Wege finden, wie wir die Religion von dieser Rollenzuweisung ‚befreien‘ und sie wieder für ihre Rolle der Konfliktbeilegung und mitfühlenden Gerechtigkeit ‚freimachen‘ können.“

Die Erklärung verweist auch auf die „Bedeutung einer sachlichen und ausgewogenen Aufklärung über die Religion des ‚Anderen‘ auf allen Ebenen“ religiöser Unterweisung und Ausbildung.

Die Gruppe empfiehlt, dass die Organisatoren der Konsultation – der ÖRK, die in Libyen angesiedelte „World Islamic Call Society“ (WICS), das Konsortium für „Ein gemeinsames Wort“ und das jordanische Königliche Aal al-Bayt-Institut – gemeinsam ein Projekt in Angriff nehmen sollten, um den Austausch über Erfahrungen „des konstruktiven Zusammenlebens in pluralistischen Gesellschaften“ und bewährte

Praktiken beim Aufbau einer „Kultur des Dialogs und der interreligiösen Zusammenarbeit“ zu fördern und sich gemeinsam sozialen und ökologischen Anliegen zu widmen. Bei dem Konsortium für „Ein gemeinsames Wort“ handelt es sich um die Gruppe islamischer Religionsgelehrter, die 2007 einen „Offenen Brief und Appell für den interreligiösen Dialog“ an Papst Benedikt XVI. sowie Vertreter christlicher Kirchen und Glaubensgemeinschaften gerichtet hatten. (2.228 Zeichen)

ADRA – Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe

Bekämpfung der Cholera in Haiti

Port-au-Prince/Haiti, 29.11.2010/APD Die Cholera-Epidemie in Haiti, die schon über 1.400 Menschen das Leben gekostet hat, versucht auch die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA zu bekämpfen. In den Notaufnahmелagern in Carrefour, einem Vorort der Hauptstadt Port-au-Prince, klärt ADRA durch Handzettel, Poster und Theaterstücke die Menschen über die Cholera und vorbeugende Maßnahmen auf. Zusätzlich werden Hand-Desinfektionsmittel und Wasseraufbereitungstabletten an die Campbewohner verteilt. Die Campleitung des Notaufnahmелagers auf dem Gelände der Adventistischen Universität in Port-au-Prince wurde in Cholera-prävention ausgebildet und Fertigpulver gegen Dehydrierung an die rund 500 dort lebenden Familien verteilt.

In die stark betroffene Region Artibonite im Norden der Hauptstadt sandten ADRA und die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten zehn mobile Wasseraufbereitungsanlagen. Auch Wasseraufbereitungstabletten und Informationsmaterial zur Cholera werden dort verteilt.

In der Stadt Petit Goave, etwa 60 Kilometer westlich von Port-au-Prince, hatte ADRA Deutschland kurz nach dem Erdbeben vom 12. Januar eine Wasseraufbereitungsanlage installiert, die bis vor kurzem etwa 20.000 Liter Trinkwasser für das Krankenhaus Notre Dame und für Ausgabestellen in den umliegenden Stadtteilen und Dörfern lieferte. Auf Bitte anderer dort ebenfalls arbeitenden Hilfsorganisationen wurde die Kapazität auf 40.000 Liter pro Tag ausgeweitet. Um die Ausbreitung der Cholera zu vermindern, werden Erkrankte in Quarantänezentren untergebracht. Dafür stellte ADRA einige Holzhäuser zur Verfügung. Diese sind als Übergangsunterkünfte bis zur Wiederherstellung der vom Erdbeben zerstörten Wohnhäuser gedacht. Auch für einen Lagerraum zur Unterbringung von Medikamenten und ärztlichem Bedarf sorgte ADRA.

Cholera ist eine akute Durchfallerkrankung, die in erster Linie durch fäkalienerunreinigtes Trinkwasser verursacht wird. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) kann die Krankheit innerhalb weniger Stunden tödlich sein, wenn sie nicht behandelt wird. Die wichtigste Behandlungsmaßnahme ist der ausreichende Ersatz von Flüssigkeit, Zucker und Salzen. (1.934 Zeichen)

Aufklärung von russischen Berufsschülerinnen über Frauenhandel

Wien/Österreich, 29.11.2010/APD Mit dem neuen Schuljahr hat die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA an den Berufsschulen in Nischni Nowgo-

rod, der fünftgrößten Stadt Russlands, eine Aufklärungskampagne begonnen, um Mädchen vor Frauenhandel zu schützen. Durch Weiterbildung von Lehrern, Theateraufführungen für Jugendliche samt anschließenden Diskussionsrunden wird über die Gefahren des Frauenhandels informiert.

Laut Marcel Wagner (Wien), Direktor von ADRA Österreich, sei der systematische Aufbau eines solchen Programms eine wichtige Präventionsarbeit, da die Mädchen an den Berufsschulen regelmäßig von Jobvermittlern mit verlockenden Arbeitsangeboten als angebliche Kindermädchen und Haushaltshilfen in Westeuropa angesprochen würden. ADRA Österreich unterstützt das Projekt in Nischni Nowgorod finanziell.

(791 Zeichen)

Trinkwassertanks für Bewohner auf den Salomonen

Lalana, Malaita/Salomonen, 29.11.2010/APD Die Dorfbewohner von Lalana haben seit Bestehen der künstlichen Insel in der Langa Langa Lagune der Salomonen-Provinz Malaita das erste Mal Trinkwasser vor ihrer Haustüre. Bis zur Erstellung der zehn Betontanks mit einer Kapazität von insgesamt 160.000 Litern mussten die Frauen und Mädchen täglich mit ihren Kanus zwei bis drei Stunden zum Festland paddeln, um sauberes Wasser zum Kochen und für den Haushalt zu holen.

„Diese Zeit können sie nun für anderes verwenden, unter anderem auch für Erwerbstätigkeiten oder für ihre Familien“, so Barry Chapman, Direktor der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Salomonen. „Die Wassertanks sind ein großer Fortschritt, der die Lebensqualität der Dorfbewohner wesentlich verbessern wird“, betonte Projektleiterin Mary Noli.

Das Vorhaben wurde von ADRA in Zusammenarbeit mit der Regierung der Salomonen Inseln, der staatlichen australischen Entwicklungshilfeorganisation AusAid sowie dem ländlichen Wasserversorgungs- und Abwasserprojekt mit Kosten in Höhe von 331.000 Euro durchgeführt.

Die Salomonen sind seit 1978 ein unabhängiger Inselstaat, der östlich von Papua Neuguinea im Pazifik liegt. Es leben auf den sechs großen Inseln und den 992 Atollen rund 552.000 Einwohner. Davon sind 95 Prozent Christen: 34 Prozent bekennen sich zu den Anglikanern, 19 Prozent zu den Katholiken, 17 Prozent zur South Sea Evangelical Church und weitere 21 Prozent zu anderen protestantischen Kirchen, zu denen auch 39.000 erwachsen getaufte Siebenten-Tags-Adventisten im Inselstaat zählen. Außerdem gibt es Mormonen und Zeugen Jehovas.

(1.443 Zeichen)

Hilfe für somalische Flüchtlinge und Einheimische im Jemen

Lahij/Jemen, 29.11.2010/APD Der Generalsekretär des Provinzrates von Lahij im Jemen, Ali Matir, zeigte sich in Verhandlungen mit der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Jemen sehr daran interessiert, die Lebensbedingungen der somalischen Flüchtlinge im Camp Kharaz zu verbessern. Das Flüchtlingslager liegt rund 150 Kilometer westlich von Aden und besteht seit dem Ausbruch des Bürgerkrieges in Somalia vor 19 Jahren.

Laut der Yemen News Agency sei vereinbart worden, bei der Verteilung von Hilfsgütern durch die jemenitischen Behörden, ADRA und das UNO-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR)

auch die einheimischen Bewohner in Madhareba und Ras al-Arah zu berücksichtigen. Auf diese Weise könne das Verhältnis der jemenitischen Bevölkerung zur Provinzregierung und den somalischen Flüchtlingen im Camp Kharaz verbessert werden.

Nach Angaben von Becky de Graaff, Direktorin von ADRA Jemen mit Sitz in Sana'a, arbeite ihre Hilfsorganisation seit 1995 im Land. Dabei würden hauptsächlich Projekte verwirklicht, die Frauen, Kindern und Flüchtlingen zu gute kämen. ADRA und IOM (International Organization for Migration) seien auch die wichtigsten Hilfswerke im abgelegenen und schwer zugänglichen jemenitischen Gouvernement Al-Jawf. IOM arbeite im Süden, ADRA im Norden des Gouvernements. (1.174 Zeichen)

Buchrezension

„Ökumene in Hessen. Zwischenbilanz nach 50 Jahren“, herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) in Hessen/Rhein Hessen, Verlag Frank Fornaçon, 2009, kartoniert, 86 Seiten, 6,40 Euro, ISBN 9-783940-232007.

Auf 86 Seiten zieht die seit 2007 bestehende ACK Hessen/Rhein Hessen, in deren Gebiet es zur Zeit rund 40 lokale Arbeitsgemeinschaften Christlicher Kirchen gibt, eine nüchterne Bilanz ihres ökumenischen Wirkens. Schon 1959 entstand der Rat Christlicher Kirchen in Nordhessen, aus dem sich die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen Rhein-Main bildete. Die ACK Deutschland konstituierte sich bereits 1948 in Kassel, der zehn Jahre später die Gründung einer regionalen Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Nordhessen folgte. Nach einem weiteren Jahrzehnt entstand die ACK Rhein-Main, und damit war die ACK in zwei Organisationen hessenweit etabliert.

In seinem Grußwort zur 50-jährigen Zwischenbilanz erinnerte der Vorsitzende der deutschen ACK, Landesbischof Professor Dr. Friedrich Weber, dass trotz gelegentlicher Erschöpfung die Kirchen viel mehr verbindet, als sie trennt. Sein Nachbar im Bischofsamt, der römisch-katholische Bischof Gerhard Feige aus Magdeburg, wies nachdrücklich darauf hin, dass ökumenisches Denken und Handeln trotz aller beschwörenden Worte noch keine Selbstverständlichkeit sei. „Ökumenisches Engagement bedarf sowohl des Verstandes als auch der Gefühle. Wer nur auf eines von beiden setzt, ist manchmal sehr schnell am Ende.“

Die seit drei Jahren bestehende ACK Hessen/Rhein Hessen umfasst ganz Hessen, das Rhein-Main-Gebiet im Bereich der Diözesen Limburg und Mainz sowie den Westerwald. Von den dort lebenden über sechs Millionen Einwohnern gehören etwa 4,5 Millionen Christen zu den 15 Mitglieds- und fünf Gastkirchen der ACK Hessen/Rhein Hessen. Als Handlungsrichtlinie dient der hessischen ACK die „Charta Oecumenica“ mit ihren Verpflichtungen.

Wie es in dem Rechenschaftsbericht im einzelnen heißt, sei trotz aller einzuräumenden Fehlschläge der gegenseitige Respekt vor den verschiedenen Konfessionen gewachsen. „Vieles ist möglich geworden, das noch vor 20 oder 30 Jahren undenkbar schien“. In der Chronik werden gegenseitige Besuche von Gotteshäusern, gemeinsames Liedgut, Wertschätzung unterschiedlicher Gebets- und Frömmigkeitstraditionen oder die Akzeptanz verschiedenartiger Sakramentsverständnisse angeführt. „Mischehen“ seien der Bezeichnung „konfessionsverbindender Ehen“ gewichen. Auch die Tradition des Weltgebetstags der Frauen oder die Gebetswoche für die Einheit der Christen sei wohlthuende Selbstverständlichkeit geworden.

Dr. Wolfgang Tulaszewski